

99.449

**Parlamentarische Initiative
(Tschäppät Alexander).
Gewinne von Post, SBB
und Swisscom. Schaffung
eines nationalen Kohäsionsfonds**

**Initiative parlementaire
(Tschäppät Alexander).
Gains de la Poste, des CFF
et de Swisscom. Crédit d'un fonds
pour des projets de service public**

Einreichungsdatum 30.09.99Date de dépôt 30.09.99

Bericht KVF-NR 02.03.00

Rapport CTT-CN 02.03.00

Nationalrat/Conseil national 24.03.00

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 12 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen:

Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Minderheit

(Jossen, Aeschbacher, Fehr Hans-Jürg, Häggerle, Hollenstein, Marti, Pedrina, Spielmann, Vollmer)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose, par 12 voix contre 9 et avec 2 absences.

Majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Minorité

(Jossen, Aeschbacher, Fehr Hans-Jürg, Häggerle, Hollenstein, Marti, Pedrina, Spielmann, Vollmer)

Donner suite à l'initiative

Tschäppät Alexander (S, BE): Die Liberalisierung gilt als die neue Wunderwaffe unserer Zeit. Das gilt überall, also können auch wir Schweizer nicht zurückstehen. Wir haben deshalb Post, Swisscom und SBB in den freien Markt entlassen. Zwar sind mit dieser Liberalisierung Auflagen verbunden worden, so etwa die Sicherstellung der Grundversorgung, Vorschriften beim Personalrecht oder die Abstattung eines Rechenschaftsberichtes an den Bundesrat. Diese Auflagen sind aber vonseiten des Bundes mit Starthilfen oder mit der Einräumung von Monopolen grosszügig abgegolten worden. Ansonsten war aber der Wille des Parlamentes klar: Ehemalige Regiebetriebe sollen in eine möglichst grosse unternehmerische Freiheit entlassen werden.

Die Folgen dieser Liberalisierung sind ein gewaltiger Umbau in den Unternehmungen, Verunsicherung und Verjüngung des Personals – ich erinnere Sie: Bei Swisscom arbeitet niemand mehr, der älter als fünfundfünfzigjährig ist –, Stellenabbau, dies unter Hinweis auf die unternehmerische Freiheit, vor allem bei den SBB und der Swisscom in den Rand- und Bergregionen.

Die Liberalisierung hat daneben vor allem im Telekommunikationsmarkt aber auch viele neue Stellen geschaffen, dies allerdings mit einem gewaltigen Nachteil: Sie entstehen nur in den Zentren Genf, Bern, Basel und Zürich. Ein weiterer Nachteil in diesem Telekommunikationsmarkt ist, dass außer der Swisscom niemand Lehrstellen anbietet.

Fazit: Die Liberalisierung bringt viel Positives, sie bringt Innovation am Markt, sie bringt wahrscheinlich auch zunehmende Konkurrenzfähigkeit und bessere Rendite und mehr Gewinn, auch für den Bund als Grundeigentümer.

Sie führt aber zu einer zusätzlichen Benachteiligung der bereits benachteiligten Rand- und Bergregionen. Die Bundes-

betriebe waren bis anhin die eigentliche Klammer eines nationalen Zusammenhaltes in diesem Land. Wenn die Arbeitsplätze immer mehr zentralisiert werden, verliert diese Klammer ihre Bedeutung. Gerade im föderalistischen System ist es wichtig, dass Sprach- und geographische Minderheiten nicht noch zusätzlich belastet werden. In der Schweiz gibt es eine reiche sprachliche, regionale und Religionsvielfalt. Dieses Land ist aber auch ein Musterbeispiel für friedliche Koexistenz. Dazu gehören auch Rücksicht auf, Respekt vor und Unterstützung von Minderheiten. Der Bund darf nicht zulassen, dass das Gefälle zwischen Zentren und Randgebieten durch die Liberalisierung seiner Regiebetriebe noch grösser wird. Ich habe Verständnis für die Forderung nach Liberalisierung, sehe aber eben auch die Nachteile dieser Entwicklung. Politisch ist es klar: Wenn der Bund und die Bundeskasse die Vorteile der Liberalisierung für sich beanspruchen, ist der Bund eben auch verpflichtet, ihre Nachteile auszugleichen.

Im Gegensatz zur Parlamentarischen Initiative Häggerle (98.446), der bereits Folge gegeben wurde, greift mein Vorstoss nicht in die unternehmerische Freiheit der Betriebe ein, sondern begeht einen Mittelweg. Ich will den Unternehmen die volle unternehmerische Freiheit belassen, will hingegen den zu erwartenden Gewinn – oder einen Teil davon, nämlich den Anteil der Eidgenossenschaft – in einen nationalen Fonds fliessen lassen. Die Fondsmittel sollen zweckgebunden für Konversions- und Innovationsprojekte im Bereich des Service public dienen, vor allem aber den Arbeits- und Leistungsabbau in den Rand-, den Bergregionen ausgleichen helfen. Ich will, dass die Nachteile der Liberalisierung ausgeglichen werden, ohne dass man in die unternehmerische Freiheit eingreift.

In der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen ist der Handlungsbedarf anerkannt worden. Umstritten war, ob der eingeschlagene Weg der richtige sei.

Dazu folgende Bemerkungen: Das Bessere ist auch hier der Feind des Guten. Wir stecken im Stadium der Vorprüfung. Es ist nur die Frage zu beantworten, ob die Nachteile der Liberalisierung wenigstens teilweise vom Staat auszugleichen sind. Wenn Sie diese Notwendigkeit bejahen, müssen Sie dieser Parlamentarischen Initiative Folge geben. Die Frage, wie viel Gewinn im Sinne der Initiative in einen Fonds zu fliessen hat und zweckgebunden wird, kann ebenso später beantwortet werden wie etwa die Frage, ob die Schaffung eines zweckgebundenen Fonds das einzige richtige und das einzige mögliche Instrument ist. Der Vorstoss ist bewusst sehr allgemein formuliert worden; er will dem Bundesrat grosse Kompetenz einräumen, er will vor allem dem Parlament die Möglichkeit geben, nach den richtigen Mitteln zu suchen, um die Nachteile der Liberalisierung auszugleichen.

Meine Initiative will Mittel zur Verfügung stellen, die nötig sind, um diese Nachteile auszugleichen und innovative Projekte zu fördern.

Wie gesagt: Liberalisierung bringt Vor- und Nachteile. Wenn wir die Nachteile ausgleichen, verhindern wir, dass die Kluft zwischen Rand- und Bergregionen einerseits und den Zentren andererseits noch grösser wird. Gleichzeitig erhöhen wir aber – das sei hier klar unterstrichen – die Akzeptanz für künftige Liberalisierungen. Die Initiative ist so gesehen eigentlich eine Vorinvestition in künftige Liberalisierungen und müsste daher von den bürgerlichen Parteien zuallererst unterstützt werden.

Die Kantone Graubünden, Wallis und Tessin verlangen mit Standesinitiativen etwa das Gleiche. Es wäre schön, wenn Sie mit Ihrer Zustimmung schon heute zeigten, dass Sie die Anliegen dieser Rand- und Bergkantone ernst nehmen.

Jossen Peter (S, VS): Ich beantrage Ihnen im Namen einer starken Minderheit unserer Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, der Initiative Tschäppät im jetzigen Stadium Folge zu geben. Die Gründe haben Sie soeben ausführlich vom Initianten dargelegt erhalten. Ich möchte mich deshalb im Wesentlichen auf zwei Aspekte beschränken: Der erste Aspekt betrifft die Idee an sich: Sie haben feststellen können, dass die Idee eines Konversionsfonds langsam



aber sicher ihren Weg macht. Es ist nicht mehr so, dass die ursprüngliche Idee, die ja von Herrn Bundesrat Leuenberger an einem Parteitag der SP Schweiz geäussert wurde, allein unter dem parteipolitischen Aspekt ihren Weg macht. Wir haben gehört, dass der Kanton Graubünden und auch mein Kanton, der Kanton Wallis, in ihren Parlamenten – im Kanton Wallis fiel der Entscheid einstimmig – entsprechende Standesinitiativen eingereicht haben. Sie ersehen aus dieser Tat-sache, auch aus der Tatsache, dass wir heute Morgen einen Brief unserer Tessiner Freunde auf dem Tisch hatten, dass man in den Berg- und Randgebieten effektiv ein grosses Problem hat. Jetzt liegt eine innovative Lösung vor, welche uns hilft, dieses Problem zu entschärfen.

Wir haben in den Berg- und Randgebieten schon längst begriffen, dass es nicht mehr darum geht, Strukturen zu erhalten. Deshalb hat Herr Tschäppät auch darauf hingewiesen, dass es nicht darum geht, irgendwelche Administrationen in den Kantonen zu halten oder irgendwelche schon jetzt dem Untergang geweihte Tätigkeiten künstlich aufrechtzuerhalten. Es geht vielmehr darum, dass man mit diesen Geldern – wie hoch sie auch immer sein werden und wie immer das Instrument dann ausgestaltet sein wird – neue, innovative Arbeitsplätze schafft. Gerade wir in den Berggebieten haben aufgrund dieser ganzen Entwicklung im Telekommunikationsmarkt eine unglaubliche Chance. Früher hat man uns immer gesagt: Ihr habt einen riesigen Standortnachteil. Heute ist es völlig egal, wo man sich aufhält, man hat überall die Möglichkeit, sich einzuklicken.

Ein zweiter Aspekt: Wir haben in diesem Saal häufig gehört, wie wichtig es ist, zum nationalen Zusammenhalt dieses Landes mit seinen vier Sprachen, mit seinen kulturellen Minderheiten, mit seinen unterschiedlichen Traditionen Sorge zu tragen. Man muss diesem Umstand sehr genau Rechnung tragen. Mit dieser Idee haben wir ein Instrument, mit dem wir diesen Worten effektiv Taten folgen lassen können. Es geht darum zu begreifen, dass SBB und PTT – früher auch die Telefon- und Telegrafendienste – eigentliche nationale Klammern darstellten, die im Verlaufe der Liberalisierung einen Teil dieses Images eingebüßt haben, vorab in den Berggebieten. Wenn Sie heute eine Strommarktliberalisierung wollen, müssen Sie auch begreifen, dass das Wort Liberalisierung gerade in den Rand- und Berggebieten sehr tief im Kurs steht. In diesem Sinne unterstütze ich das, was Herr Tschäppät sagte: Es ist eigentlich eine Vorinvestition für das Elektrizitätsmarktgesetz. Es ist auch eine Vorinvestition für andere Bereiche, wo wir vielleicht in Zukunft noch einzelne Schritte einleiten müssen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Minderheit zu folgen und der Parlamentarischen Initiative Tschäppät im jetzigen Verfahrensstadium – nämlich nur unter dem Gesichtspunkt, ob Handlungsbedarf angesagt ist oder nicht – Folge zu geben.

Polla Barbara (L, GE), pour la commission: M. Tschäppät a défendu son initiative parlementaire devant la Commission des transports et des télécommunications avec beaucoup de conviction, comme il l'a fait également ce matin.

Conviction d'abord qu'un fonds généré par les recettes et dividendes de la Confédération réalisés par la Poste, les CFF et Swisscom et qui financerait des projets de reconversion professionnelle et d'encouragement de l'innovation était une bonne idée, bonne notamment pour la cohésion nationale. Conviction aussi que le maintien et le développement de services publics performants, et ceci tout particulièrement en ce qui concerne la Poste, les CFF et Swisscom est un objectif majeur de la Confédération, des cantons et des communes. Conviction enfin que les régions périphériques, touchées par les pertes d'emplois et ce que M. Tschäppät appelle le démantèlement des prestations, auraient besoin et bénéficieraient d'un tel fonds.

Ce sont des convictions que partage par exemple l'inter-groupe «Montagne» – vous avez tous reçu son courrier –, que partagent aussi certains cantons dont les Grisons et le Valais – vous avez entendu M. Jossen tout à l'heure – et que partage aussi une minorité de la commission qui estime adéquat que l'affectation des recettes de Swisscom notam-

ment soit liée et qui pense que l'initiative parlementaire Tschäppät pourrait contribuer à maintenir un service public identique dans toutes les régions du pays.

Mais si la majorité, que dis-je, l'ensemble de la CTT-CN éprouve beaucoup de sympathie pour l'idée et pour celui qui l'a présentée, elle pense par contre qu'il s'agit exactement de ce qu'on appelle une fausse bonne idée.

La cohésion nationale, pour ce qui est des conditions financières, est déjà soutenue par la péréquation financière et par des subventions spécifiques. Un fonds supplémentaire ne se justifie pas, surtout un fonds supplémentaire provenant de recettes affectées. L'initiative n'est, de plus, pas compatible avec la politique financière fédérale.

La majorité de la commission a encore souligné que la libéralisation dans le domaine des télécommunications a déjà créé plus d'emplois que Swisscom n'en a supprimé. Il y a donc lieu de poursuivre dans le sens de la libéralisation, et il est à prévoir que l'économie réglera les problèmes, qui causent du souci à M. Tschäppät et à d'autres, de façon bien plus adéquate et efficace que ne le ferait un fonds public de recettes affectées.

C'est la raison pour laquelle la commission, par 12 voix contre 9 et avec 2 abstentions, vous recommande fortement de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Tschäppät Alexander.

Hegetschweiler Rolf (R, ZH), für die Kommission: Mit seiner Parlamentarischen Initiative schlägt Herr Tschäppät vor, Dividenden und Gewinneinnahmen des Bundes von Post, SBB und Swisscom in einem nationalen Kohäsionsfonds zu äufen und für Konversions- und Innovationsprojekte in denjenigen Regionen einzusetzen, welche vom Abbau des Service public besonders stark betroffen sind. Insbesondere die Bergregionen befürchten, von der Umstrukturierung des Service public stark betroffen zu werden, und zwar einerseits durch den Abbau von Arbeitsplätzen bei der Swisscom in den Randregionen, denn die zunehmend stärkere Konkurrenz unter den Anbieter von Telekommunikation führe nicht nur zu einem Abbau von Arbeitskräften, sondern auch zu einer zunehmenden Konzentration von Arbeitsplätzen in den Zentren. Damit gingen den Bergregionen nicht nur Stellen verloren, sondern auch qualifizierte Leute und Know-how. Andererseits bestehe die Gefahr des Abbaus von Leistungen in dem Sinne, dass beispielsweise ausserhalb der Agglomerationen gewisse Dienste der Post nicht mehr oder aber zu weit höheren Tarifen angeboten würden. Wenn gewisse Regionen von flächendeckenden Dienstleistungen zu Einheits-tarifen abgekoppelt würden, bringe das Wettbewerbsnachteile nicht nur für diese Gebiete, sondern schwäche die Standortattraktivität der Schweiz allgemein. Das möchte die Parlamentarische Initiative Tschäppät verhindern, zwar nicht, indem versucht werden soll, den Wettbewerb zu verhindern, sondern durch Innovation und die Schaffung anderer Arbeitsplätze.

Die Liberalisierung der Bundesbetriebe ist mit notwendigen Umstrukturierungen verbunden. Dies lässt sich nicht aufhalten. Strukturerhaltung mittels Steuergeldern wäre eine falsche und längerfristig auch erfolglose Strategie. Der Initiant meint aber, es brauche eine Korrektur dieser negativen Tendenzen, damit weiteren Liberalisierungsschritten, zum Beispiel auf dem Elektrizitätsmarkt, nicht von vornherein jede Zustimmung verweigert werde.

Die über den Fonds bereitgestellten Mittel wären zweckgebunden für Projekte im Bereich des Service public einzusetzen, womit nicht ausgeschüttete Dividenden der Umschulung und Weiterbildung des Personals in den betroffenen Regionen zugute kämen. Die Folgen der Liberalisierung, soweit sie mit dem Verlust von Arbeitsplätzen verbunden wären, sollten also durch diesen nationalen Fonds aufgefangen werden.

Wenn vom Bund keine Subventionen mehr erwartet werden können, sind auch bei der Post, nebst anderen Massnahmen, Filialschliessungen vorgesehen. Die Aufrechterhaltung des Service public wird in vielen Fällen in Zukunft durch Automation und Kooperationen gewährleistet werden. Ein Be-



schärfungsrückgang wird also kaum zu vermeiden sein. Die Umsetzung des grossen Umstrukturierungsprojektes «Optima» wird bei der Post allerdings sehr zurückhaltend vorgenommen. Auch in vier Jahren soll das Filialnetz immer noch 3000 Standorte aufweisen.

Der Initiant ist der Auffassung, es sei Aufgabe der Politik, den Zusammenhalt der Schweiz mit gezielten Massnahmen zu unterstützen und einen permanenten Ausgleich zwischen privilegierten und benachteiligten Regionen zu schaffen. Eine Kommissionsminderheit unterstützt die Initiative. Die Verunsicherung bezüglich Arbeitsplatzabbau sitze bei der betroffenen Bevölkerung sehr tief und rechtfertige die Schaffung dieses Fonds.

Die Kommissionsmehrheit lehnt die Parlamentarische Initiative trotz gewisser Sympathien ab. Ein separater Fonds ist überflüssig. Die Förderung benachteiligter Gebiete wird heute über regionalpolitische Massnahmen wahrgenommen, nämlich durch den Finanzausgleich und vielfältige Subventionen.

Zudem wäre der Bund bei der Verwendung allfälliger Gewinne eingeschränkt. Ich betone «allfällige Gewinne», denn ob in nächster Zeit tatsächlich bedeutende Mittel in diesen Fonds fliessen würden, ist doch recht unsicher. Zur Förderung nachhaltiger Projekte müssen gesicherte Mittel zur Verfügung stehen und auch längerfristig eingesetzt werden können, was mit dem beantragten Fonds nicht gewährleistet ist. Fonds schränken den finanziellen Spielraum des Bundes in unerwünschter Weise ein, was auch in anderen Fällen schon mehrmals betont wurde.

In einem gewissen Ausmass würde der Fonds der Strukturerhaltung dienen; das wäre bestimmt nicht zu vermeiden. Gefragt ist aber eine Anpassung an neue Anforderungen, also ein gewisser Strukturwandel. Soweit dies möglich ist, soll er indessen sozialverträglich sein.

Eine Quersubventionierung wäre kaum vollständig zu vermeiden. Dies hätte ebenfalls strukturerhaltende Wirkung; die Börsenkurse der betroffenen Unternehmungen würden wohl auch nicht in der gewünschten Weise auf die Massnahme reagieren.

Es gibt zwei weitere Parlamentarische Initiativen, die in die gleiche Richtung zielen; sie sind schon erwähnt worden:

1. die Parlamentarische Initiative Häggerle (98.446), die verlangt, dass Post, SBB und Swisscom ihre bestehenden und neu zu schaffenden Arbeits- und Ausbildungsplätze flächendeckend in der ganzen Schweiz anbieten müssen und dass ein allfälliger Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nicht einseitig in den Rand- und Berggebieten erfolgen darf;
2. die Parlamentarische Initiative Strahm (99.450), die wir anschliessend behandeln.

Die Parlamentarische Initiative Häggerle ist hier schon behandelt worden; es ist ihr Folge gegeben worden. Also befasst sich jetzt eine Subkommission mit der Ausarbeitung einer Vorlage zu diesem Problem. Auch in diesem Zusammenhang werden wir also noch über dieses regionalpolitische Problem diskutieren können.

Die Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, der Parlamentarischen Initiative Tschäppät keine Folge zu geben und auf interventionistische Massnahmen in der vorgeschlagenen Art zu verzichten.

**Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 99.449/449)**

Für Folgegeben 84 Stimmen
Dagegen 86 Stimmen

99.450

Parlamentarische Initiative (Strahm Rudolf).

Berufsausbildungspflicht für konzessionierte Privatanbieter bei Telecom, Post und Bahnen

Initiative parlementaire (Strahm Rudolf).

Prestataires privés de services postaux, ferroviaires ou de télécommunications.

Obligation de proposer des formations professionnelles

Einreichungsdatum 30.09.99

Date de dépôt 30.09.99

Bericht KVF-NR 02.03.00

Rapport CTT-CN 02.03.00

Nationalrat/Conseil national 24.03.00

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 13 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen:

Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Minderheit

(Polla, Giezendanner, Kunz, Neirynck)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la commission

La commission propose, par 13 voix contre 4 et avec 5 absences:

Majorité

Donner suite à l'initiative

Minorité

(Polla, Giezendanner, Kunz, Neirynck)

Ne pas donner suite à l'initiative

Strahm Rudolf (S, BE): Es geht bei meiner Parlamentarischen Initiative um die Informatikerausbildung. Ich bin dankbar, dass von der KVF grossmehrheitlich empfohlen wird, meiner Parlamentarischen Initiative Folge zu geben. Ich möchte gleich vorausschicken, dass ich meinerseits auch die anschliessend zu behandelnde Motion der KVF (00.3005) unterstütze, die ursprünglich von Herrn Theiler von der FDP-Fraktion stammt. Die beiden Vorstöße ergänzen sich.

Ich gehe bei meinem Vorstoss von folgendem Tatbestand aus: Wir haben im Informatik- und Telekom-Bereich neue Anbieter, neue Firmen, die dynamisch sind, aber sehr oft oder meistens keine Lehrstellen anbieten. So haben wir z. B. im Telekom-Bereich folgende Situation: Die alte Swisscom bildet heute noch 760 Lehrlinge aus, die Mehrheit davon im Informatik- und Elektronikbereich. Hingegen haben die neuen Anbieter Diax, Sunrise und Orange bisher praktisch keine Lehrlinge ausgebildet. Sie haben allerdings, das ist ihnen zugute zu halten, in Aussicht gestellt, dass sie das später auch tun wollen. Sie sind also Trittbrettfahrer; sie werben anderen Firmen die Informatiker ab; sie profitieren von den hohen Ausbildungskosten, die andere Anbieter, eben z. B. traditionelle Unternehmen, aufgewendet haben.

Die Lehrlingsausbildung im Hightech-Bereich – nicht nur dort, aber vor allem dort – ist recht teuer, und das heutige Konkurrenzsystem zwingt die Betriebe zur Kosteneinsparung. Wenn man schon sparen muss, kommt das Ausbildungswesen zu kurz.

Wenn es so weitergeht, dass die neuen Anbieter im High-tech-Bereich keine eigenen Ausbildungsanstrengungen unternehmen, keine Lehrstellen mehr zur Verfügung stellen, dann geht das Dualsystem, das in der Schweiz stark ausge-

